

„Mietenwahnsinn stoppen“

Um auf die zunehmenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt und auf die hohen Mietpreise aufmerksam zu machen, sind am Samstag bundesweit viele Menschen auf die Straße gegangen. Einen Protestmarsch gab es auch in Ludwigshafen. Ein Stimmungsbild.

VON GERHARD BÜHLER

Die Immobilienpreise und Mieten für Wohnungen steigen und steigen, sogenannter bezahlbarer Wohnraum ist kaum zu finden. In den vergangenen Jahren hat die Wohnungsnachfrage gerade in großen Städten erheblich zugenommen. Um auf die daraus entstehenden Probleme für viele Menschen aufmerksam zu machen, sind am „Housing Action Day 2021“ in über 60 Städten in Deutschland und Europa wieder Menschen auf die Straße gegangen. Auch in Ludwigshafen hat sich am Samstag ein Aktionsbündnis mit einem Protestmarsch durch die Innenstadt beteiligt.

Getragen wird das Aktionsbündnis Wohnen in der Stadt von einem breiten Spektrum von Organisationen und Einzelpersonen. Zu den Unterstützern zählen unter anderem Gewerkschaften, Kirchen, Mietervereine, die Beratungsstelle „pro familia“, politische Vereine wie Attac sowie Unterstützergruppen der Flüchtlingshilfe oder der Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit Ludwigshafen.

Sie alle eint die Forderung nach „bezahlbaren, menschenwürdigen Wohnungen für Alle“, wie es in dem bei der Demo verteilten Flugblatt heißt. Zum Start des Protestzugs durch die Ludwigshafener City haben sich in der Fußgängerzone Bismarckstraße am Samstagmorgen rund 30 Menschen versammelt. Viele tragen Schilder und Transparente. Erklärtes Ziel ist es, die Öffentlichkeit auf die vorhandenen Missstände und daraus abgeleitete Forderungen aufmerksam zu machen.

„Ein Menschenrecht“

„Das Aktionsbündnis ist breit aufgestellt und umfasst alle, die sich mit Wohnungsnot beschäftigen“, sagt Dekanin Barbara Kohlstruck, die hier die evangelische Stadtkirche und Diakonie vertritt. „42 Prozent der Ludwigshafener müssen mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete aufwenden“, nennt Kohlstruck Ergebnisse einer Erhebung aus dem



Teilnehmer der Protestkundgebung in der Ludwigshafener Innenstadt.

FOTO: MORAY

Jahr 2019. Dies sei viel zu viel. Für Familien seien größere Wohnungen in der Stadt kaum noch zu bezahlen. „Aber Wohnen ist ein Menschenrecht“, betont Kohlstruck.

Einig sind sich die Teilnehmer des Aktionsbündnisses, dass in den vergangenen Jahren eine unheilvolle Entwicklung eingesetzt hat. Ursache der Mietpreisteigerungen sei die zunehmende Rendite-Orientierung großer Wohnungskonzerne. So sei der durchschnittliche Mietpreis in Ludwigshafen seit 2002 um 20 Prozent gestiegen. Hunderte von Wohnungen seien in dieser Zeit aus der Sozialbindung gefallen. Gebaut werde vor allem im hochpreisigen Sektor.

Die Bebauung in Ludwigshafen-Süd habe zu deutlich steigenden Boden- und Wohnungspreisen und zur Erhöhung der allgemeinen Mietpreise in der Stadt geführt, stellt das Aktionsbündnis fest. „Die Stadt verkauft Boden zum Höchstpreis an gewinnorientierte Investoren. Das Ergebnis sieht man am Rheinufer Süd. Normal-

verdiener können sich dort keine Wohnung mehr leisten“, meint Friederike Rüd, Aktivistin der Globalisierungskritischen Organisation „Attac“. „Stoppt den Mietenwahnsinn“ steht auf einem Plakat.

Was der DGB fordert

Von der Stadt erwartet das Aktionsbündnis deshalb eine Änderung der bisherigen Wohnungspolitik. Eingeführt werden soll eine Sozialquote für 25 Prozent des Wohnraums bei Neubauprojekten. Die vorhandene Regelung der Sozialquote in Ludwigshafen werde nur punktuell angewandt. Dies sei zu wenig und verhindre an Orten ohne Quote die soziale Durchmischung, kritisiert Kohlstruck die daraus resultierende Segregation. Anstatt den Boden meistbietend zu verkaufen, solle die Stadt die Vergabe von einem Konzept auch für soziales Wohnen abhängig machen, fordern die Demonstranten.

Um Weichen für die Zukunft zu

stellen, solle die Stadt eine vorausschauende Bodenbevorratung betreiben und Grundstücke nur in Erbpacht und an gemeinnützige und genossenschaftlich orientierte Bauträger vergeben. Harte Kritik übt das Aktionsbündnis an den „miserablen und krankmachenden“ Wohnverhältnissen in städtischen Einweisungsgebieten wie der Bayreuther Straße. Diese sollten ganz abgeschafft und die Bewohner über die Stadt verteilt untergebracht werden, finden die Demonstranten. Eine weitere Forderung nennt Rüdiger Stein vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) beim Start des Zugs: „Für die nächsten sechs Jahre sollte in Ludwigshafen ein Mietstopp gelten, zumindest für die großen Vermieter“, ruft er per Megafon. Als „Sofortmaßnahme“ soll dies Bezieher niedriger Einkommen schneller helfen.

NOCH FRAGEN?

Mehr Infos zum Aktionsbündnis:
<https://abwohnenlu.wordpress.com>.